



Niederschrift

9. Öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 26.11.2009
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:50 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Alenhöner, Jutta
Herr Beeth, Rudolf G. bis 19:30 Uhr (TOP 5.3.2)
Herr Miermeister, Joachim
Frau Algier, Ute
Frau Glage, Annette
Frau Rathje-Hoffmann, Katja
Herr Schulz, Dietmar
Herr Wochnowski, Karlfried Vertretung für: Frau Mattheus, Marion
Frau Brüggemann, Diane
Frau Lange, Ulla
Herr Dr. Seeger, Jörg
Herr Gutenschwager, Arne
Herr Machemehl, Hans-Werner Vertretung für: Herrn Murawski, Volker
Frau Jach, Edith, Kreissenorenbeirat
Frau Tachezy, Doris, Kreissenorenbeirat
Frau Simon, Diakonisches Werk
Herr Busch, Gerd-Rainer KT-Abg. als Gast bis 17:50 Uhr (TOP 5.1)
Herr Dieck, Claus Peter KT-Abg. als Gast von 16:50 Uhr (TOP 4) bis 17:30 Uhr (TOP 5.1)
Frau Haß, FBL Zentrale Steuerung
Frau Marcussen, Rita KT-Abg. als Gast bis 18:45 Uhr (TOP 5.3.2)
Herr Wilken, Arnold KT-Abg. als Gast bis 18:30 Uhr (TOP 5.3.2)
Herr Dr. Hoffmann, FBL Jugend, Familie, Soziales, Kultur
Frau Andrasch, FDL Soziale Sicherung
Frau Maletz-Diestelkamp, Gleichstellungsbeauftragte
Frau Rohwer, FDL Eingliederungshilfe
Herr Stankat, FDL Kinder- und Jugendhilfe, Bildung, Kultur

7.2 Anregungen für die nächste Sitzung

8 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Sie begrüßt die anwesenden Gäste.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Tagesordnung um den Punkt ‚Vorstellung des Bewerbers als stellv. Behindertenbeauftragter‘ zu erweitern. Der Punkt solle nach Tagesordnungspunkt 2.2 behandelt werden. Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Damit ist die Tagesordnung mit dieser Erweiterung genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2009

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben. Damit ist diese genehmigt.

zu 2.3 Vorstellung des Bewerbers als stellv. Behindertenbeauftragter

Die Vorsitzende erläutert, dass es in der Vergangenheit eine Vertreterin für den Behindertenbeauftragten des Kreises gegeben habe. Diese habe die Position jedoch bereits vor längerer Zeit aufgegeben. Nun gebe es einen Bewerber, um diese Position und dieser wolle sich heute dem Ausschuss vorstellen.

Anschließend stellt Herr Krienitz-Hadinek sich dem Ausschuss vor. Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis und verständigt sich darauf, die Thematik in den Fraktionen zu beraten.

zu 3 Bericht von Frau Simon vom Diakonischen Werk, Frühförderung Norderstedt

Frau Simon vom Diakonischen Werk berichtet dem Ausschuss zum Bereich der Frühförderung, hier speziell über den Bereich der Interdisziplinären Frühförderstellen. Die Interdisziplinären Frühförderstellen dienen einer Zusammenarbeit von medizinischen-therapeutischen und pädagogischen Fachkräften. Sie gibt dem Ausschuss zunächst einige allgemeine Informationen und weist anschließend auf Probleme hin, welche aus ihrer Sicht bestünden. Aktuell sei es so, dass zunächst eine Eingangsdagnostik von Frau Simon selbst durchgeführt werde, danach sei zusätzlich eine Untersuchung und die Bestätigung des Kinderarztes nötig, dass Frühförderung nötig sei. Diese Bestätigung sei für die Eltern kostenpflichtig. Anschließend folge ein Hilfeplangespräch sowie eine amtsärztliche Untersuchung.

Die Zulassungsvoraussetzungen für Interdisziplinäre Frühförderstellen ergeben sich aus dem Landesrahmenvertrag und entsprechen weitgehend den Vorschriften der Krankenkassen. Dies wurde in anderen Bundesländern teilweise anders verhandelt. Herr Stankat erläutert, dass der Landesrahmenvertrag durch den Landkreistag verhandelt und abgeschlossen wurde. Der Kreis Segeberg hat sich für eine Kündigung ausgesprochen, wurde aber von den anderen Kreisen

überstimmt. Die Vorsitzende bittet die Verwaltung, diese Situation und die Vorgaben zu prüfen und anschließend dem Ausschuss zu berichten. In der weiteren Diskussion herrscht im Ausschuss Einigkeit darüber, dass es das Ziel sein müsse, diese Hürden zu reduzieren. Frau Rathje-Hoffmann sagt zu, diese Problematik ebenfalls in den Sozialausschuss des Landes zu tragen. Abschließend dankt der Ausschuss Frau Simon für die gegebenen Informationen.

zu 4 Bericht über die Hilfeplanung in der Eingliederungshilfe

Herr Sundebo und Herr Bauer informieren den Ausschuss über die Hilfeplanung in der Eingliederungshilfe. Zunächst berichtet Herr Sundebo über die Hilfeplanung für behinderte Kinder und Jugendliche. Die Arbeit verteile sich auf zwei Bereiche, zum einen die direkte Arbeit, bei welcher es um Einzelfälle gehe, und die strukturelle Tätigkeit. Die Planer in diesem Bereich würden sich jedes Jahr einen Schwerpunkt setzen, 2008 sei die die Internatsunterbringung gewesen und 2009 Schulbegleitungen.

Anschließend berichtet Herr Bauer über den Bereich der Hilfeplanung für behinderte Menschen. Grundlage der Arbeit sei das Ziel der Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Danach erläutert er das Case Management und führt aus, dass es auch in diesem Bereich nicht nur darum gehe im Einzelfall zu helfen, sondern ebenfalls die strukturellen Bedingungen zu verbessern. Insgesamt habe der Kreis sechs Hilfeplaner. Die Vorsitzende weist anschließend auf die geplanten Einsparungen in diesem Bereich hin. Für sie seien diese nicht umsetzbar. Dazu ergänzt Frau Rohwer, dass es sich dabei um strukturelle und konzeptionelle Überlegungen handle. Nach weiteren Wortmeldungen dankt der Ausschuss für die gegebenen Informationen.

Pause von 17:00 Uhr – 17:10 Uhr.

zu 5 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 5.1 Neuordnung des Beratungswesens im Kreis Segeberg hier: Verlängerung der bestehenden Verträge um ein Jahr Vorlage: DrS/2009/143

Herr Dr. Hoffmann erläutert dem Ausschuss die Vorlage. Anschließend führt die Vorsitzende aus, dass die Verträge im Bereich der Suchtberatung nicht nur um ein Jahr verlängert werden könnten, sondern um drei Jahre, da dieser Bereich unabhängig von der Zukunft der ARGE LZ sei. Dies sei eine Aufgabe, die die Kreise immer wahrnehmen müssten. Dazu erklärt Herr Miermeister, dass die CDU-Fraktion nur einer Verlängerung um ein Jahr zustimmen werde. Daneben sollen die Verträge mit den Familienbüros noch nicht verlängert werden, sondern es solle, wie ursprünglich geplant, das Ergebnis der Evaluation abgewartet werden. Herr Busch kritisiert, dass mit einer solchen Entscheidung Unsicherheit für die Mitarbeiter geschaffen werde und die Gefahr bestehe, bestehende Strukturen zu zerschlagen. Dazu betont Herr Miermeister, dass es stets geplant gewesen sei, erst im Jahr 2010 über eine evtl. Verlängerung der Verträge mit den Familienbüros zu entscheiden. Herr Dr. Seeger spricht sich ebenfalls für den Vorschlag der CDU-Fraktion aus. Nach einer kurzen Diskussion dieser Thematik verständigt sich der Ausschuss darauf, eine kurze Auszeit zu machen.

Pause von 17:35 Uhr – 17:45 Uhr.

Anschließend erklärt Herr Miermeister, dass die CDU-Fraktion an ihrem Änderungsantrag, die Verträge mit den Familienbüros noch nicht zu verlängern, festhalten werde. Diesen Antrag stellt die Vorsitzende zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 7 Ablehnung: 5 Enthaltung: -

Anschließend stellt die Vorsitzende die Vorlage ohne die Verlängerung der Verträge mit den Familienbüros zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg bietet den im Beratungswesen tätigen freien Angebotsträgern eine Verlängerung der bestehenden Verträge ohne Veränderung der Konditionen um ein Jahr bis zum 31.12.2011 an. Ausgenommen davon sind die Familienbüros. Gleichzeitig wird die ursprünglich für das Jahr 2010 vorgesehene Entscheidungsfindung zur Neuordnung des Beratungswesens im Kreis Segeberg auf das 1. Halbjahr 2011 verschoben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 7 Ablehnung: 5 Enthaltung: -

zu 5.2 Leitfaden des Kreises Segeberg zu den Folgen der demografischen Entwicklung in Bezug auf die älter werdende Bevölkerung (Strategisches Management 1.6.1)

Vorlage: DrS/2009/152

Frau Andrasch erläutert dem Ausschuss den vorgelegten Leitfaden. Dieser basiere auf einem Ziel aus dem Strategischen Management. Der Leitfaden sei von der Arbeitsgruppe Pflege erarbeitet worden und die Regionale Pflegekonferenz habe ihn am 21.09.09 verabschiedet. Sie betont bei den weiteren Ausführungen zu dem Leitfaden, wie wichtig die Einbindung der Kommunen sei. Herr Beeth bittet anschließend um eine Stellungnahme, ob auch der Planungs- und Umweltausschuss eingebunden worden sei. Dazu führt die Verwaltung aus, dass er nicht explizit einbezogen worden sei. Frau Rathje-Hoffmann erklärt als ehemalige Vorsitzende des PUA, dass der Ausschuss sich bereits intensiv mit dem Demografischen Wandel beschäftigt habe. Anschließend erläutert Herr Machemehl den Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE. Aus seiner Sicht fehle die Betrachtung der Ursachen. Herr Dr. Seeger und Herr Miermeister kritisieren, dass die dieser Antrag die Situation verfälsche und kaum ernst zu nehmen sei. Anschließend stellt die Vorsitzende den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: - Ablehnung: 11 Enthaltung: 1

Danach stellt die Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Leitfaden des Kreises Segeberg - Älter werden im Kreis Segeberg - wird beschlossen. Die Fortschreibung der Pflegebedarfsplanung erfolgt zu Schwerpunktthemen, die von der Regionalen Pflegekonferenz bestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 5.3 Budget 2010

zu 5.3.1 Aktuelle Entwicklung von Budget und Fallzahlen im Jahr 2009

Vorlage: DrS/2009/160

Die Entwicklung der Fallzahlen und des Budgets wird unter TOP 5.3.2 zu den jeweiligen Teilplänen erläutert.

zu 5.3.2 Beratungen der Teilpläne

Zum Einstieg in den Tagesordnungspunkt kritisiert der Ausschuss, dass zur Beratung des Haushaltes nicht die Detailübersichten (BAB) zur Verfügung gestellt worden seien. Dies sagt die Verwaltung zum nächsten Jahr zu. Anschließend werden die einzelnen Teilpläne (TP) bera-

ten und jeweils einzeln abgestimmt.

Teilplan 3112; S. 409 ff.

Änderungen in diesem TP im Vergleich zum Haushaltsentwurf gebe es nicht. Die Vorsitzende verweist auf die Ausführungen auf Seite 410 zu den Finanzen und der Frage der Konnexität. Herr Dr. Hoffmann führt aus, dass der Landkreistag und das Sozialministerium dieses Thema bereits bearbeiten würden. Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Innenminister im Rahmen der Haushaltsgenehmigung insbesondere auf die Umsetzung dieser Passage hinzuweisen. Mit diesem Hinweis stellt die Vorsitzende diesen TP zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

Teilplan 3116; S. 425 ff.

Die Verwaltung erläutert dem Ausschuss diesen TP. Herr Miermeister bittet um eine Stellungnahme, warum die sonstigen Transfererträge von 484.700 Euro auf 443.300 Euro gesunken seien. Dazu führt Herr Koch aus, dass sich dieses aus dem Haushaltserlass des Innenministers ergebe. Der Ansatz in diesem TP habe sich im Vergleich zum Ansatz 2009 um rd. 2 Mio. Euro verschlechtert. Grund dafür sei die Entwicklung der Fallzahlen im Jahr 2009, die sich 2010 voraussichtlich fortsetzen werde. Dieses sei bei der Planung des Haushaltes 2009 nicht absehbar gewesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

Teilplan 3121; S. 437 ff.

Herr Koch weist auf zwei Änderungen in diesem TP im Vergleich zum Haushaltsentwurf hin. Die sonstigen Transfererträge würde von 8.096.800 Euro auf 8.027.000 Euro sinken und die die Kostenerstattungen und Kostenumlagen von 5.362.000 Euro auf 5.378.000 Euro. Grund dafür sei, dass der Bundesanteil an den KdU auf 23 % abgesenkt worden sei. Die Bundesagentur für Arbeit gehe im Bereich der KdU von einer Kostensteigerung von 13,5 % aus, die Verwaltung plane aktuell mit 10 %. Mit diesen Änderungen stellt die Vorsitzende diesen TP zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

Teilplan 3113; S. 413 ff.

Die Vorsitzende verweist auf die Erläuterung zu diesem TP auf Seite 415. Frau Rohwer erläutert dem Ausschuss die daraus geplanten Einsparungen. Durch die Einschränkungen in der Leistungsgewährung beim ambulanten betreuten Wohnen seien Einsparungen von 482.760 Euro geplant, durch die Einschränkung der Leistungsgewährung bei der Schülerbegeleitung 156.598 Euro, durch den Wegfall der Förderung des Behindertenfahrdienstes 25.000 Euro und durch die Einschränkungen bei den Verwaltungsleistungen im Bereich der Frühförderung 130.000 Euro. Darüber hinaus gebe es weitere Einsparungen von rd. 300.000 Euro. Diese würden sich auf viele Einzelposten erstrecken und sollen dem Ausschuss schriftlich nachgeliefert werden. Über die vier genannten Maßnahmen lässt die Vorsitzende getrennt abstimmen. Zunächst stellt sie die Frage der Einschränkungen in der Leistungsgewährung beim ambulanten betreuten Wohnen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 8 Ablehnung: 1 Enthaltung: 3

Danach lässt sie über die Einschränkung der Leistungsgewährung bei der Schülerbegeleitung

abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

Anschließend stellt sie die Frage zur Abstimmung, ob die 25.000 Euro für die Förderung des Behindertenfahrdienstes wieder in den Haushalt aufgenommen werden sollen, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

Damit werden diese 25.000 Euro wieder in den Haushalt aufgenommen. Anschließend stimmt der Ausschuss über die Einschränkungen in der Leistungsgewährung bei der Frühförderung ab.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: - Ablehnung: 7 Enthaltung: 5

Damit ist diese Einschränkung abgelehnt und die 130.000 Euro werden wieder in den Haushalt aufgenommen. Abschließend stellt die Vorsitzende den gesamten TP mit den beiden Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 6 Berichte der Verwaltung

Frau Andrasch berichtet, dass es gemäß dem SGB XI die Möglichkeit gebe, in Pflegeheimen Personen zu beschäftigen, die sich speziell um an Demenz erkrankten Menschen kümmern. 39 Einrichtungen im Kreis hätten entsprechende Vereinbarungen mit der Pflegekasse abgeschlossen. Die Kosten trage alleine die Pflegekasse. Durch diese Vereinbarungen seien 67,36 neue Stellen im Bereich der stationären Pflege geschaffen worden. Dies stelle für die Einrichtungsträger eine deutliche Entlastung dar.

Daneben berichtet sie, dass der Sozialausschuss des Landkreistages die Frage der Betreuung von demente Patienten im Krankenhaus beraten habe. Der Sozialausschuss des Kreises habe bereits am 17.04.08 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Dieses werde sie dem Landkreistag mitteilen.

Abschließend berichtet sie, dass die Pflegebranche in das Arbeitnehmerentendegesetz aufgenommen worden sei und somit in diesem Bereich Mindestlöhne gezahlt werden sollen. Nun bestehe die Besorgnis, dass diese Mindestlöhne als Standard angesehen werden würden. Dem sei in der Realität nicht so. Orientierungsgrundlage seien weiterhin die ortsüblichen Vergütungssätze.

zu 7 Verschiedenes

zu 7.1 Informationen und Anfragen

Die Vorsitzende berichtet, dass die Fachausschüsse aufgefordert seien, die Anträge von Jugend im Kreistag zu beraten. Sie plane dafür eine Sondersitzung durchzuführen. Der Ausschuss verständigt sich darauf, diese am 19.01.10 um 16:00 Uhr im KT-Saal durchzuführen.

zu 7.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Frau Algier bittet um einen aktuellen Bericht zu Situation im Pflegeheim Donatus. Die Vorsitzende erklärt dazu, dass dies kein Thema sei, welches im Ausschuss behandelt werden könne. Daneben regt Frau Algier an, dass sich der Ausschuss mit der Situation von Pflegefachkräften im Kreis Segeberg befassen solle, insbesondere mit der Situation in stationären Einrichtungen und im ambulanten Dienst. Dieses werde der Ausschuss für die nächste reguläre Sitzung aufnehmen.

zu 8 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Jutta Alenhöner
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Eickstädt
(Protokollführer)